



EIDGENÖSSISCHES JUSTIZ- UND POLIZEIDEPARTEMENT

Bundesamt für Justiz

---

**WAS BRINGT  
DIE NEUE BUNDESVERFASSUNG ?**

18. Dezember 1998



## Inhaltsübersicht

1	ALLGEMEINES	3
2	FORMALE VERBESSERUNGEN	4
3	ANPASSUNGEN AN DIE VERFASSUNGSWIRKLICHKEIT	5
4	MATERIELLE NEUERUNGEN	8
5	HERAUFSTUFUNGEN (NEU AUF VERFASSUNGS- STATT AUF GESETZESEBENE)	9
6	STREICHUNG VERALTETER NORMEN	10
7	VERZICHT AUF NICHT VERFASSUNGSWÜRDIGE NORMEN	11

### Abkürzungen:

BV    Geltende Bundesverfassung

nBV    Neue Bundesverfassung



# 1 Allgemeines

## - **Der Auftrag ist erfüllt**

1987 hat das Parlament dem Bundesrat den Auftrag erteilt, ihm einen Entwurf für eine neue Bundesverfassung zu unterbreiten. Mit der Überweisung der Motion Josi Meier 1993 hat es diesen Auftrag bekräftigt. Gleichzeitig hat es sich zum Ziel gesetzt, die neue Verfassung auf Ende des Jubiläumsjahres 1998 zu verabschieden. Dieses Ziel ist erreicht.

## - **Leistungsausweis der Behörden**

Parlament, Regierung und Verwaltung haben gezeigt, dass sie in der Lage sind, ein grosses, politisch anspruchsvolles und juristisch aufwendiges Vorhaben in kurzer Zeit zu bewältigen. Zwar wurde seit Mitte der sechziger Jahre über die Verfassungsreform diskutiert, die Arbeiten für die nun verabschiedete Vorlage sind aber erst nach dem EWR-Nein aufgrund eines neuen Konzepts wieder aufgenommen worden.

## - **Eine verständliche und vollständige Verfassung**

Die neue Bundesverfassung vermittelt das heute geltende Verfassungsrecht in verständlicher Sprache. Sie ist klar gegliedert und vollständig. Ungeschriebenes Verfassungsrecht und verfassungswürdige Gesetzesbestimmungen werden neu in den Verfassungstext aufgenommen. Andererseits wird eine ganze Reihe veralteter oder nicht verfassungswürdiger Bestimmungen nicht mehr weitergeführt. Der neue Verfassungstext bringt damit die heute gelebte Verfassungswirklichkeit zum Ausdruck.

## - **Die Wesensmerkmale der Eidgenossenschaft werden verdeutlicht**

Direkte Demokratie, Föderalismus, Schutz der Grundrechte, Rechtsstaatlichkeit und Sozialstaatlichkeit gehören zu den prägenden Merkmalen der heutigen Schweiz. Diese Merkmale sind in der geltenden Verfassung nur teilweise sichtbar. Die neue Bundesverfassung macht sie deutlich und bringt ein zeitgemässes Staatsverständnis zum Ausdruck. Sie ist damit auch Anlass für eine Diskussion über die Grundwerte der Schweiz.

## - **Bestätigung verfassungsrechtlicher Entwicklungen**

Der Verfassungstext ist seit der letzten Totalrevision im Jahre 1874 rund 140 mal neuen Entwicklungen angepasst worden. Gleichzeitig ist das Verfassungsrecht aber auch durch die Rechtsprechung des Bundesgerichts, die Praxis der anderen Bundesbehörden und durch das internationale Recht in wesentlichen Teilen ergänzt und weiterentwickelt worden. Die neue Bundesverfassung trägt dieser Weiterentwicklung Rechnung.



### - **Inhaltliche Neuerungen**

Die neue Bundesverfassung zeichnet aber nicht bloss das bereits geltende Recht nach. Sie enthält auch verschiedene inhaltliche Neuerungen, für die im Parlament ein breiter politischer Konsens bestand. Sie bot Gelegenheit für zahlreiche punktuelle Fortschritte, die sonst wohl nicht oder nicht so rasch erzielt worden wären.

### - **Grundlage für weitere Reformen**

Die Anpassung des Verfassungstexts an die Verfassungswirklichkeit ist aus der Sicht des Bundesrates und des Parlaments vor allem auch eine wichtige Grundlage für weitere, inhaltliche Reformen. Solche sind insbesondere im institutionellen Bereich notwendig. Verschiedene Reformpakete (Justizreform, Reform der Volksrechte, Staatsleitungsreform, Reform des Finanzausgleichs), über die Volk und Stände einzeln abstimmen werden, sind in Vorbereitung und können leicht in die neue Verfassung integriert werden. Die neue Verfassung ist damit offen für die Herausforderungen der Zukunft.

## 2 **Formale Verbesserungen**

- **Sprache:** Die neue Verfassung verwendet Formulierungen, die dem heutigen Sprachgebrauch entsprechen, vermeidet soweit möglich Fach- und Fremdwörter und bedient sich einer einheitlichen Ausdrucksweise. Die Geschlechter werden durch geschlechtsneutrale Wendungen oder durch die Erwähnung der männlichen und weiblichen Form sprachlich gleichgestellt (deutsche Fassung konsequent, französische und italienische Fassung mehrheitlich).
- **Systematik:** Die neue Verfassung ist klar aufgebaut, übersichtlich gegliedert und verwendet Sachtitel für jeden Artikel. Die einzelnen Artikel sind in vielen Fällen kürzer und haben ebenfalls einen klaren Aufbau.
- **Vollständigkeit:** Die neue Verfassung gibt das geltende Verfassungsrecht möglichst vollständig wieder. Die Verfassungswürdigkeit gewisser Normen ist letztlich eine politische Wertungsfrage. Bundesrat und Parlament haben daher Heraufstufungen (z.B. Datenschutz, vgl. Ziff. 5) und Herabstufungen (z.B. Absinthverbot, vgl. Ziff. 7) vorgenommen. Der neue Verfassungstext ist trotz Aufnahme ungeschriebenen Verfassungsrechts kürzer als der alte.
- **Dichte:** Die neue Verfassung regelt das Verfassungsrecht in einheitlicher Dichte. Verfassungsartikel, die erst vor kurzer Zeit von Volk und Ständen beschlossen wurden, sind möglichst nicht verändert worden.



### 3 Anpassungen an die Verfassungswirklichkeit

Das geltende schweizerische Verfassungsrecht ist nicht nur im Verfassungstext enthalten; es hat sich teilweise auch durch die bundesgerichtliche Rechtsprechung, die Behördenpraxis und das von der Schweiz übernommene internationale Recht weiterentwickelt. Mit der neuen Verfassung wird diese Entwicklung aufgenommen. Die Lücken im Verfassungstext werden geschlossen. Gleichzeitig werden bisher offene Fragen geklärt.

Die nachfolgende Aufzählung enthält wichtige Elemente, denen Verfassungsrang zuerkannt wird, die aber in der geltenden Verfassung nicht enthalten sind:

- **Künftige Generationen:** In der Präambel wird die Verantwortung des Schweizer Volkes und der Kantone gegenüber den künftigen Generationen festgehalten.
- **Verantwortung gegenüber der Schöpfung:** Die Präambel der neuen Bundesverfassung macht auch die Verantwortung des Schweizervolkes und der Kantone gegenüber der Schöpfung deutlich. Dies in Ergänzung zur Anrufung Gottes.
- **Nachhaltigkeit:** In der Präambel und in den Art. 2 nBV und 73 nBV wird die Nachhaltigkeit als Ziel festgehalten, in weiteren Bestimmungen (Aussenpolitik, Raumplanung, Wasser, Energie, Landwirtschaft, Haushaltsführung) ist sie zumindest angesprochen.
- **Förderung der Chancengleichheit:** Im Zweckartikel wird hervorgehoben, dass Bund und Kantone für eine möglichst grosse Chancengleichheit aller sorgen sollen.
- **Grundsätze staatlichen Handelns:** In Art. 5 nBV sind namentlich das Legalitätsprinzip, das Verhältnismässigkeitsprinzip, das Erfordernis des öffentlichen Interesses und der Grundsatz von Treu und Glauben festgehalten.
- **Beachtung des Völkerrechts:** Art. 5 Abs. 4 nBV gebietet Bund und Kantonen, das Völkerrecht zu beachten.
- **Individuelle und gesellschaftliche Verantwortung:** Art. 6 nBV bringt die grundlegenden Ideen der Subsidiarität und der Solidarität zum Ausdruck. Er thematisiert das Verhältnis zwischen Individuum, Gesellschaft und Staat und macht deutlich, dass der Einzelne nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten hat.
- **Grundrechte:** In einem ausführlichen Grundrechtskatalog werden viele bisher ungeschriebene, aufgrund der bundesgerichtlichen Praxis und des internationalen Rechts gültige Grundrechte und Grundrechtsgehalte neu in den Verfassungstext aufgenommen:
  - Schutz der Menschenwürde (Art. 7 nBV),
  - Diskriminierungsverbot, mit Aufzählung häufiger Diskriminierungstatbestände (Art. 8 nBV),
  - Schutz vor Willkür und Wahrung von Treu und Glauben (Art. 9 nBV),
  - Recht auf Leben und auf persönliche Freiheit (Art. 10 nBV),
  - Schutz der Kinder und Jugendlichen (Art. 11 nBV),
  - Recht auf Hilfe in Notlagen (Art. 12 nBV),



- Schutz der Privatsphäre (Art. 13 nBV),
  - Meinungs- und Informationsfreiheit (Art. 16 nBV),
  - Medienfreiheit (Art. 17 nBV),
  - Sprachenfreiheit (Art. 18 nBV),
  - Wissenschaftsfreiheit (Art. 20 nBV),
  - Kunstfreiheit (Art. 21 nBV),
  - Versammlungsfreiheit (Art. 22 nBV),
  - Schutz vor Auslieferung und Ausschaffung (Art. 25 nBV),
  - Koalitionsfreiheit (Art. 28 nBV) ; sie beinhaltet auch Streik und Aussper-  
rung, die als letzte Mittel zur Wiederherstellung des Arbeitsfriedens zu-  
lässig sind,
  - Allgemeine Verfahrensgarantien (Art. 29 nBV),
  - Garantien in gerichtlichen Verfahren (Art. 30 nBV),
  - Garantien beim Freiheitsentzug (Art. 31 nBV)
  - Garantien im Strafverfahren (Art. 32 nBV),
  - Wahl- und Abstimmungsfreiheit (Art. 34 nBV).
- **Sozialziele:** Erstmals werden die bisher in verschiedenen Kompetenzbestim-  
mungen sowie in internationalen Verträgen verstreut zu findenden Ziele im So-  
zialbereich in einer Bestimmung (Art. 41 nBV) zusammengefasst. Der Artikel hält  
auch fest, dass die Sozialziele in Ergänzung zu persönlicher Verantwortung und  
privater Initiative, im Rahmen der verfassungsmässigen Zuständigkeiten von  
Bund und Kantonen sowie im Rahmen der verfügbaren Mittel zu verwirklichen  
sind. Er macht die sozialstaatliche Dimension der Schweizerischen Eidgenossen-  
schaft deutlich.
  - **Föderalismus:** In den Art. 42-49 nBV werden das Verhältnis von Bund und  
Kantonen, die Grundsätze der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen  
sowie das Zusammenwirken von Bund und Kantonen in grundsätzlicher, ausführ-  
licher Art und Weise umschrieben. Besonders betont wird die Partnerschaft zwi-  
schen Bund und Kantonen.
  - **Gemeinden und Städte:** Art. 50 nBV bringt die Dreistufigkeit des schweizeri-  
schen Staates zum Ausdruck. Er umschreibt die Stellung der Gemeinden und  
verpflichtet den Bund, bei der Erfüllung seiner Aufgaben Rücksicht zu nehmen  
auf die Städte, die Agglomerationen und die Berggebiete.
  - **Bestand und Gebiet der Kantone:** Art. 53 nBV regelt erstmals auf Verfassungs-  
stufe Änderungen im Bestand der Kantone sowie Gebietsveränderungen und  
Grenzbereinigungen zwischen den Kantonen.
  - **Aussenpolitik:** Die neue Verfassung hält die generelle Zuständigkeit des Bundes  
für die auswärtigen Angelegenheiten ausdrücklich und in umfassendem Sinn fest  
und nennt die aussenpolitischen Ziele des Bundes (Art. 54 nBV). Die Mitwir-  
kungsrechte der Bundesversammlung in den auswärtigen Angelegenheiten wer-  
den ausdrücklich erwähnt (Art. 184 Abs. 1 nBV).
  - **Mitwirkung der Kantone an aussenpolitischen Entscheiden:** Art. 55 nBV ga-  
rantiert den Kantonen, dass sie an der Vorbereitung aussenpolitischer Ent-



scheide mitwirken können, wenn ihre Zuständigkeiten oder wesentlichen Interessen betroffen sind; dass die Kantone vom Bund rechtzeitig und umfassend informiert werden; dass ihren Stellungnahmen besonderes Gewicht zukommt und dass sie in geeigneter Form an internationalen Verhandlungen mitwirken können, wenn ihre Zuständigkeiten betroffen sind.

- **Jugendarbeit und Erwachsenenbildung:** Die Bundeskompetenz in diesen Bereichen wird in Art. 67 nBV ausdrücklich verankert (bisher Teil der ungeschriebenen Kulturförderungskompetenz).
- **Kultur:** Mit Art. 69 nBV wird die bisher ungeschriebene Kompetenz des Bundes explizit in die Verfassung aufgenommen.
- **Sprache:** Art. 70 nBV bringt das Sprachenrecht auf Verfassungsebene klarer zum Ausdruck und enthält insbesondere eine präzisere Umschreibung der Anliegen, die dem Territorialitätsprinzip zugrunde liegen.
- **Wirtschaft:** Das gesamte Wirtschaftsverfassungsrecht ist besser gegliedert und inhaltlich verdeutlicht worden. Spezielle Erwähnung verdienen neben dem Grundrecht der Wirtschaftsfreiheit (Art. 27 nBV) die Grundsätze der Wirtschaftsordnung (Art. 94 nBV) mit dem klaren Bekenntnis zum Grundsatz der Wirtschaftsfreiheit. Es wird zum Ausdruck gebracht, dass dem Wettbewerb in einer privatwirtschaftlich orientierten Marktwirtschaft zentrale Bedeutung zukommt. Geklärt wird ausserdem in Art. 98 nBV die Bundeskompetenz zum Erlass von Vorschriften über Finanzdienstleistungen.
- **Gentechnologie:** Art. 119 nBV enthält ein ausdrückliches Klonverbot.
- **Fiskalrecht:** Art. 127 nBV nennt die wichtigsten Grundsätze der Besteuerung.
- **Sozialpolitische Kompetenzen:** Das Drei-Säulen-Konzept der Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge wird in Art. 111 nBV ausdrücklich festgehalten. Art. 110 nBV (Arbeit) stellt klar, dass der Bundesfeiertag ein bezahlter Feiertag ist.
- **Parteienartikel:** Artikel 137 nBV macht die wichtige Rolle der Parteien im politischen Meinungs- und Willensbildungsprozess deutlich und anerkennt damit ihre staatspolitische Bedeutung.
- **Zwingendes Völkerrecht:** Artikel 139 nBV hält - in Übereinstimmung mit der jüngsten Entscheidung der Bundesversammlung in Sachen Volksinitiative "für eine vernünftige Asylpolitik" - fest, dass das zwingende Völkerrecht als Schranke der Verfassungsrevision gilt.
- **Teilgültigkeit von Volksinitiativen:** Artikel 139 Abs. 3 nBV hält ausdrücklich die Möglichkeit der Teilungültigerklärung von Volksinitiativen fest.
- **Gesetzesbegriff und Delegation von Gesetzgebungsbefugnissen:** Artikel 164 nBV führt einen materiellen Gesetzesbegriff ein und regelt die Delegation von Gesetzgebungsbefugnissen.
- **Planung der Staatstätigkeit:** Gestützt auf Artikel 173 Bst. g nBV kann die Bundesversammlung an wichtigen Planungen und anderen staatsleitenden Prozessen mitwirken.



- **Einzelakte der Bundesversammlung:** Artikel 173 Bst. h nBV bietet neu eine ausdrückliche Verfassungsgrundlage, wonach die Bundesversammlung über Einzelakte entscheidet, soweit ein Bundesgesetz dies ausdrücklich vorsieht.

#### 4 Materielle Neuerungen

Das Parlament hat einige inhaltliche Neuerungen beschlossen. Es handelt sich durchwegs um Fragen, bei denen ein breiter Konsens bestand. Umstrittene Fragen sollen dagegen im Rahmen von eigenständigen Reformpaketen oder auf dem Weg einer Teilrevision der Verfassung angegangen werden.

Zu den inhaltlichen Neuerungen der neuen Verfassung zählen:

- **Integration Behinderter:** Art. 8 nBV enthält einen Auftrag an den Gesetzgeber, die Benachteiligung von Behinderten durch geeignete Massnahmen zu bekämpfen.
- **Gebietsveränderungen zwischen Kantonen:** Neu geregelt wird in Art. 53 Abs. 3 nBV die Gebietsveränderung zwischen Kantonen: wenn die betroffene Bevölkerung und die beiden Kantone einer solchen zustimmen, so genügt fortan die Genehmigung durch die Bundesversammlung, gegen die das fakultative Referendum möglich ist. Eine obligatorische Abstimmung von Volk und Ständen wie im Fall Vellerat wäre demnach nicht mehr nötig.
- **Genehmigung von Verträgen der Kantone mit dem Ausland:** Art. 56 nBV sieht im Gegensatz zu Art. 85 Ziff. 5 und 102 Ziff 7 BV keine generelle Genehmigungspflicht des Bundes mehr vor. Die Kantone sollen künftig den Bundesrat vor Abschluss der Verträge informieren. Läuft ein Vertrag dem Recht oder den Interessen des Bundes oder den Rechten anderer Kantone zuwider, so kann der Bundesrat bei der Bundesversammlung dagegen Einsprache erheben (Art. 186 Abs. 3 nBV). Diese entscheidet über die Genehmigung (Art. 172 Abs. 3 nBV).
- **Statistik:** Art. 65 nBV enthält zum einen bisher ungeschriebenes Recht. Er schafft darüber hinaus eine klar begrenzte Gesetzgebungskompetenz für den Bund.
- **Berufsbildung:** Art. 63 nBV schafft neu eine umfassende Bundeskompetenz (keine Einschränkung mehr auf sogenannte BIGA-Berufe).
- **Kunst und Musik:** Im Kulturartikel Art. 69 nBV erhält der Bund eine Kompetenz zur Förderung von Kunst und Musik.
- **Mehrsprachigkeit:** Art. 70 nBV enthält einen Auftrag zur Unterstützung mehrsprachiger Kantone durch den Bund.
- **Seilbahnen:** Art. 87 nBV enthält eine umfassende Kompetenz des Bundes über Seilbahnen.



- **Wählbarkeit:** Artikel 143 nBV hebt den Ausschluss von Personen geistlichen Standes für Wahlen in den Nationalrat und in den Bundesrat auf.
- **Einberufung einer ausserordentlichen Session der Bundesversammlung:** Nach Art. 151 nBV kann ein Viertel der Mitglieder eines Rates eine ausserordentliche Session einberufen. Bisher konnten dies ein Viertel der Mitglieder des Nationalrates oder fünf Kantone (Art. 86 Abs. 2 BV); der Ständerat hatte keine Kompetenz zur Einberufung.
- **Vizepräsidium der Räte:** Nach Art. 152 nBV wählen beide Räte zwei Personen als Vizepräsidentinnen oder Vizepräsidenten ihres Rates.
- **Rechte der Kommissionen:** Parlamentarischen Kommissionen können Entscheidungskompetenzen (keine Rechtsetzung) übertragen werden (Art. 153 Abs. 3 nBV).
- **Parlamentsdienste:** Artikel 155 nBV unterstellt die Parlamentsdienste neu der Bundesversammlung (bisher Bundeskanzlei).
- **Neues System der Erlassformen:** Artikel 163 sieht ein vereinfachtes System für die Erlassformen der Bundesversammlung vor; der allgemeinverbindliche Bundesbeschluss entfällt.
- **Oberaufsicht des Parlaments:** Nach Artikel 169 Absatz 2 dürfen den Delegationen von Aufsichtskommissionen keine Geheimhaltungspflichten entgegeng gehalten werden.
- **Wirksamkeitsüberprüfung:** Die Bundesversammlung hat nach Art. 170 nBV dafür zu sorgen, dass die Wirksamkeit der Massnahmen des Bundes evaluiert wird.
- Eingehendere Umschreibung der Voraussetzungen zum Erlass **verfassungs-unmittelbarer Verordnungen** des Bundesrats im Bereich der äusseren und inneren Sicherheit (in Anlehnung an neuere Kantonsverfassungen; Art. 185 Abs. 3 nBV)
- **Truppenaufgebot für die Wahrung der äusseren und inneren Sicherheit:** Nach Art. 185 Abs. 4 nBV darf der Bundesrat neu bis zu 4'000 (bisher: 2'000) Angehörige der Armee ohne Genehmigung durch die Bundesversammlung für den Aktivdienst aufbieten.

## 5 Heraufstufungen (neu auf Verfassungs- statt auf Gesetzesebene)

Gewisse Elemente, darunter auch solche von grundlegender Bedeutung, werden neu ausdrücklich in der Verfassung geregelt werden. Dazu zählen die folgenden:

- **Anspruch auf Datenschutz (Art. 13 nBV)**
- **Träger des gemeinnützigen Wohnungsbaus (Art. 108 nBV)**



- **Gründe für den Ausschluss vom Stimmrecht** (Art. 136 nBV)
- **Amtsdauer der Bundesrichter** (Art. 145 nBV)
- **Ausdrückliche Erwähnung der politischen Parteien als Vernehmlassungsteilnehmer** (Art. 147 nBV)
- **Parlamentarische Kommissionen und ihre Auskunfts-, Einsichts- und Untersuchungsbefugnisse** (Art. 153 nBV)
- **Fraktionen** (Art. 154 nBV)
- **Beizug von Dienststellen der Bundesverwaltung durch die Bundesversammlung** (Art. 155 nBV)
- **Offenlegung der Interessenbindungen der Mitglieder des Parlaments** (Art. 161 nBV)
- **Immunität** (Art. 162 nBV)
- **Verfassungsgrundlage für Verordnungen der Bundesversammlung** (Art. 163 nBV)
- **Verfassungsgrundlage für die parlamentarischen Handlungsinstrumente.** Der Gesetzgeber wird auch regeln, mit welchen Instrumenten die Bundesversammlung in den Zuständigkeitsbereich des Bundesrates einwirken kann (Art. 171 nBV).

## 6 Streichung veralteter Normen

Die alte Verfassung enthält Normen, die heute jede Bedeutung verloren haben. Sie sollen nicht mehr in die neue Verfassung übernommen werden. Erwähnt seien etwa:

- **Verbot von Untertanenverhältnissen** (Art. 4 BV)
- **Verbot für die Kantone, mehr als 300 Mann stehende Truppen zu halten** (Art. 13 Abs. 2 BV)
- **Gegenseitige militärische Hilfe der Kantone** (Art. 15 BV)
- **Pflicht der Kantone, den freien Durchzug der Truppen zu gewähren** (Art. 17 BV)
- **Auswanderungsagenturen** (Art. 34 BV)
- **Einlöschungspflicht für Banknoten und Golddeckung für die ausgegebenen Banknoten** (Art. 39 Abs. 6 und 7 BV)
- **Verfügung über die Begräbnisplätze** (53 Abs. 2; das Recht auf ein schickliches Begräbnis wird als Element des Schutzes der Menschenwürde betrachtet und ist somit in Art. 6 nBV enthalten)
- **Brauteinzugsgebühren** (Art. 54 BV)



- **Abzugs- und Zugrechte** (Art. 62 BV)
- **Freizügigkeit** (im Güterverkehr; Art. 63 BV)
- **Vollzug von Vergleichen oder schiedsrichterlichen Sprüchen über Streitigkeiten zwischen Kantonen** (Art. 102 Ziff. 5 BV)
- **Bundesassisen** (Art. 112 BV)

Im weiteren kann auf die Weiterführung zahlreicher Artikel der Übergangsbestimmungen der Bundesverfassung verzichtet werden: Militärlasten sowie Post- und Zollentschädigungen für das Jahr 1875 (Art. 1 ÜB BV); Inkrafttreten der Bestimmungen über die Organisation und die Befugnisse des Bundesgerichts (Art. 3 ÜB BV); Einführung der unentgeltlichen Volksschule (Art. 4 ÜB BV); Kantonsanteil am Militärflichtersatz (Art. 6 ÜB BV); Finanzierung der AHV (Art. 11 Abs. 1 Satz 2 und 3 ÜB BV); Eintrittsgeneration der obligatorischen beruflichen Vorsorge (Art. 11 Abs. 2 Satz 3 ÜB BV); Inkraftsetzen von Art. 116<sup>bis</sup> BV betreffend Bundesfeiertag (Art. 20 Abs. 1 ÜB BV).

## 7 Verzicht auf nicht verfassungswürdige Normen

In einigen Punkten regelt die alte Verfassung Fragen, die aus heutiger Sicht nicht mehr verfassungswürdig sind. In diesen Fällen wird eine Regelung auf Gesetzesstufe als genügend erachtet:

- **Verbot der Militärkapitulationen** (Art. 11 BV)
- **Ordensverbot** (Art. 12 BV): Für alle in Artikel 12 genannten Behörden wird auf eine Verfassungsbestimmung verzichtet.
- **Unentgeltlichkeit und Aufbewahrung der Ausrüstung** (Art. 18 Abs. 3 BV)
- **Brotgetreide** (Art. 23<sup>bis</sup> BV): Gesetz genügt für gewisse Einzelheiten.
- **Wasserrecht** (Art. 24<sup>bis</sup> BV): Gesetz genügt für gewisse Einzelheiten.
- **Übergangsbestimmung zum Moorschutz** (Art. 24<sup>sexies</sup> ÜB BV): Hat zwar nicht Eingang in die Gesetzgebung gefunden, doch kann darauf verzichtet werden.
- **Absinthverbot** (Art. 32<sup>ter</sup> BV) und andere Detailbestimmungen über den Alkohol (Art. 32<sup>bis</sup>, 32<sup>quater</sup> BV)
- **Sozialversicherungen** (Art. 32<sup>bis</sup>, 34<sup>quater</sup>, 41<sup>ter</sup> BV): Gesetz genügt für gewisse Einzelheiten.
- **Autobahnvignette** (Art. 36<sup>quinquies</sup> BV): Gesetz genügt für Einzelheiten.
- **Fuss- und Wanderwege** (Art. 37<sup>quater</sup> BV): Gesetz genügt für gewisse Einzelheiten
- **Geld- und Währungspolitik** (Art. 38 und 39 BV): Gesetz genügt für gewisse Einzelheiten.



- **Steuerbefreiung der Nationalbank** (Art. 39 BV)
- **Waffen und Kriegsmaterial** (Art. 41 BV): Gesetz genügt für gewisse Einzelheiten.
- **Mehrwertsteuer** (Art. 41<sup>ter</sup> BV, 8, 8<sup>bis</sup>, 8<sup>ter</sup> ÜB BV): Gesetz genügt für Einzelheiten.
- **Glaubens- und Gewissensfreiheit** (Art. 49 und 50 BV): Allgemeiner Grundsatz genügt
- **Auslieferung** (Art. 67 BV)
- **Unvereinbarkeiten für Bedienstete des Bundes** (Art. 77, 108 Abs. 2 BV)
- **Stimmrecht der Präsidentin oder des Präsidenten von Nationalrat und Ständerat** (Art. 78 Abs. 4 und 82 Abs. 4 BV)
- **Entschädigung der Ratsmitglieder und der Mitglieder des Bundesrates** (Art. 79, 83 und 99 BV)
- **Kantonsklausel für die Präsidentin oder den Präsidenten und die Vizepräsidentin oder den Vizepräsidenten des Ständerates** (Art. 82 Abs. 2 und 3 BV)
- **Aufnahme von Anleihen** (Art. 85 Ziff. 10 BV): Gesetzesanpassung
- **Vakanzen im Bundesrat** (Art. 96 Abs. 3 BV)
- **Nebentätigkeit von Mitgliedern des Bundesrates und des Bundesgerichts** (Art. 97 und 108 Abs. 3 BV)
- **Verhandlungsquorum für den Bundesrat** (Art. 100 BV)
- **Beizug von Sachkundigen durch Bundesrat und Departemente** (Art. 104 BV)
- **Gleichzeitige Wahl der Bundeskanzlerin oder des Bundeskanzlers mit dem Bundesrat** (Art. 105 Abs. 2 BV)
- **Zivil-, Straf- und Verwaltungsgerichtsbarkeit** (Art. 110, 111, 114 und 114<sup>bis</sup> BV): Gesetz genügt für gewisse Einzelheiten.
- **Modalitäten des Abstimmungsverfahrens bei Initiative und Gegenvorschlag** (Art. 121<sup>bis</sup> BV)
- **Kantonsanteil am Militärpflichtersatz** (Art. 6 ÜB BV): Kantonsanteil ab 1.1.1961: Gesetz genügt (Art. 45 Abs. 1 BG über den Wehrpflichtersatz, SR 661, muss angepasst werden);
- **Eintrittsgeneration der obligatorischen beruflichen Vorsorge** (Art. 11 Abs. 2 Satz 2 ÜB BV)





DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DE JUSTICE ET POLICE

Office fédéral de la Justice

---

# **QUE NOUS APPORTE LA NOUVELLE CONSTITUTION ?**

18 décembre 1998



## Table des matières

1	GÉNÉRALITÉS	3
2	AMÉLIORATIONS FORMELLES	4
3	ADAPTATIONS À LA RÉALITÉ CONSTITUTIONNELLE	5
4	NOUVEAUTÉS MATÉRIELLES	8
5	PASSAGE DU RANG LÉGAL AU RANG CONSTITUTIONNEL	10
6	SUPPRESSION DES NORMES DÉSUÈTES	10
7	ABANDON DES NORMES DE NIVEAU INFRACONSTITUTIONNEL	11

### Abréviations:

cst. constitution en vigueur  
cst. rév. nouvelle constitution fédérale



# 1 Généralités

## - **Le mandat est exécuté**

En 1987, le Conseil fédéral a reçu du Parlement le mandat de lui soumettre un projet de nouvelle constitution fédérale. Le Parlement a renforcé encore ce mandat en 1993 en transmettant la motion Josi Meier. Simultanément, il s'est fixé comme but d'adopter la nouvelle constitution à la fin de 1998, 150<sup>e</sup> année d'existence de l'Etat fédéral. Ce but est atteint.

## - **Performance des autorités**

Le Parlement, le gouvernement et l'administration ont montré qu'ils étaient capables, en peu de temps, de venir à bout d'un grand projet, politiquement exigeant et coûteux sur le plan juridique. Il est vrai que l'on discute de la réforme de la constitution fédérale depuis le milieu des années soixante, mais les travaux touchant au projet, maintenant adopté, ont été repris sur la base d'un nouveau concept, seulement après le non à la CEE.

## - **Une constitution compréhensible et complète**

La nouvelle constitution présente le droit constitutionnel en vigueur dans une langue plus compréhensible. Elle est complète et articulée clairement. Elle reprend le droit constitutionnel non écrit et les dispositions légales de rang constitutionnel. D'un autre côté, elle renonce à toute une série de normes désuètes ou qui ne sont pas de rang constitutionnel. Dès lors, la nouvelle constitution exprime la réalité constitutionnelle vécue aujourd'hui.

## - **Les caractéristiques essentielles de la Confédération sont clarifiées**

La démocratie directe, le fédéralisme, la protection des droits fondamentaux, l'Etat de droit et l'Etat social font partie des signes distinctifs marquants de la Suisse d'aujourd'hui. On ne voit qu'en partie ces caractéristiques dans la constitution en vigueur. La nouvelle constitution les rend plus claires et exprime une compréhension moderne de l'Etat. Elle est également le motif d'une discussion sur les valeurs fondamentales de la Suisse.

## - **Confirmation du développement du droit constitutionnel**

Le texte constitutionnel a été modifié 140 fois depuis la dernière révision totale en 1874. Pendant ce temps, la jurisprudence du TF, la pratique des autres autorités fédérales et le droit international ont également contribué dans une large mesure à compléter et développer le droit constitutionnel. La nouvelle constitution prend en compte ce développement.

## - **Nouveautés au fond**

La nouvelle constitution ne se borne pas à reproduire le droit en vigueur. Elle contient également des innovations matérielles pour lesquelles un large consensus politique a été obtenu au Parlement. Elle a été l'occasion de nombreux progrès ponctuels qui n'auraient pas été obtenus du tout ou pas si rapidement.



## - **Une base pour des réformes ultérieures**

L'adaptation du texte constitutionnel à la réalité constitutionnelle est surtout, du point de vue du Conseil fédéral et du Parlement, une base importante pour d'autres réformes de fond. Celles-ci sont nécessaires, particulièrement dans le domaine institutionnel. Différents modules de réforme (réforme de la justice, réforme des droits populaires, réforme de la direction de l'Etat, réforme de la péréquation financière), sur chacun desquels le peuple et les cantons voteront séparément, sont en préparation et seront facilement intégrés dans la constitution. La nouvelle constitution est ainsi prête à relever les défis de l'avenir.

## 2 **Améliorations formelles**

- **Langue:** la nouvelle constitution adopte des formulations qui correspondent au langage actuel; elle évite autant que possible les termes techniques et étrangers. Elle privilégie l'homogénéité de l'expression. Pour traduire dans la langue l'égalité des sexes, on utilise soit une formulation neutre soit la double formulation masculine et féminine (de manière conséquente dans la version allemande, dans la majorité des cas dans les versions française et italienne).
- **Systematique:** la nouvelle constitution bénéficie d'une construction plus compréhensible, elle est structurée de manière claire et chaque article est doté d'un titre spécifique. Les articles sont souvent plus brefs par rapport à ceux de la constitution actuelle et structurés de façon plus nette.
- **Intégralité:** la nouvelle constitution rend, dans la mesure du possible, le droit constitutionnel en vigueur dans son intégralité. Le rang constitutionnel d'une norme est en fin de compte une question d'appréciation politique. Le Conseil fédéral et le Parlement ont procédé à l'élévation au rang constitutionnel de dispositions appartenant actuellement au domaine de la loi (p. ex. la protection des données, cf. ch. 5) et à la „relégation“ au rang légal de certaines dispositions constitutionnelles (p. ex. l'interdiction de l'absinthe, cf. ch. 7). Le nouveau texte de la constitution est plus court que l'ancien, malgré l'intégration du droit constitutionnel non écrit.
- **Densité:** la nouvelle constitution présente le droit constitutionnel selon un modèle privilégiant une densité égale et homogène. Les dispositions constitutionnelles récemment adoptées par le peuple et les cantons n'ont, autant que possible, pas été modifiées.



### 3 Adaptations à la réalité constitutionnelle

Le droit constitutionnel suisse en vigueur ne figure pas seulement dans le texte de la constitution: il a en partie continué à se développer, aussi à travers la jurisprudence du Tribunal fédéral, la pratique des autorités et le droit international repris par la Suisse. On est en mesure, grâce à la nouvelle constitution, de prendre en compte ce développement ainsi que de combler les lacunes existantes dans le texte constitutionnel actuel. En même temps, nous pouvons donner une réponse à des questions restées, jusqu'à maintenant, en suspens.

L'énumération suivante contient des dispositions importantes dont on reconnaît le rang constitutionnel sans qu'elles apparaissent toutefois dans la constitution actuelle:

- **Génération futures:** on fixe dans le préambule la responsabilité du peuple suisse et des cantons envers les générations futures.
- **Responsabilité envers la Création:** le préambule de la nouvelle constitution exprime clairement aussi la responsabilité du peuple suisse et des cantons envers la Création, en complément à l'invocation divine.
- **Développement durable:** le développement durable est fixé comme but dans le préambule et dans les art. 2 et 73 cst. rév.; dans d'autres dispositions (politique étrangère, aménagement du territoire, eaux, énergie, agriculture, gestion des finances), le principe du développement durable est également abordé.
- **Encouragement de l'égalité des chances:** dans l'article concernant le but on met en relief le fait que la Confédération et les cantons doivent veiller à garantir une égalité des chances aussi grande que possible entre tous.
- **Principes de l'activité étatique:** l'art. 5 cst. rév. fixe expressément le principe de la légalité, le principe de la proportionnalité, l'exigence de l'intérêt public et le principe de la bonne foi.
- **Respect du droit international:** l'art. 5, al. 4, cst. rév. commande à la Confédération et aux cantons de respecter le droit international.
- **Responsabilité individuelle et sociale:** l'art. 6 cst. rév. énonce les principes de la subsidiarité et de la solidarité de manière explicite. Cette disposition précise le rapport entre individu, société et Etat, et souligne le fait que, à côté des droits, l'individu a aussi des devoirs.
- **Droits fondamentaux:** un catalogue détaillé de droits fondamentaux a été établi, dans lequel apparaissent de nombreux principes fondamentaux ou des droits dont la teneur s'en rapproche, qui étaient jusqu'à maintenant reconnus en tant que droits constitutionnels non écrits sur la base de la pratique du Tribunal fédéral et sur la base du droit international:
  - Droit à la dignité humaine (art. 7 cst. rév.),



- Interdiction de la discrimination, avec l'énumération de nombreux actes discriminatoires (art. 8 cst. rév.),
  - Protection contre l'arbitraire et protection de la bonne foi (art. 9 cst. rév.),
  - Droit à la vie et à la liberté personnelle (art. 10 cst. rév.),
  - Protection des enfants et des jeunes (art. 11 cst. rév.),
  - Droit d'obtenir de l'aide dans des situations de détresse (art. 12 cst. rév.),
  - Protection de la sphère privée (art. 13 cst. rév.),
  - Libertés d'opinion et d'information (art. 16 cst. rév.),
  - Liberté des médias (art. 17 cst. rév.),
  - Liberté de la langue (art. 18 cst. rév.),
  - Liberté de la science (art. 20 cst. rév.),
  - Liberté de l'art (art. 21 cst. rév.),
  - Liberté de réunion (art. 22 cst. rév.),
  - Protection contre l'extradition et le refoulement (art. 25 cst. rév.),
  - Liberté syndicale (art. 28 cst. rév.); elle comprend aussi la grève et le lock-out qui sont licites comme ultimes moyens de rétablir la paix du travail,
  - Garanties générales de procédure (art. 29 cst. rév.),
  - Garanties de procédure judiciaire (art. 30 cst. rév.),
  - Privation de liberté (art. 31 cst. rév.),
  - Procédure pénale (art. 32 cst. rév.),
  - Droits politiques (art. 34 cst. rév.).
- **Buts sociaux:** pour la première fois, les buts poursuivis dans le domaine social, jusqu'à présent disséminés dans diverses dispositions attribuant des compétences ou dans des traités internationaux, sont rassemblés en une seule disposition (art. 41 cst. rév.). L'article stipule également quels buts sociaux, en complément de la responsabilité individuelle et de l'initiative privée, seront concrétisés, et cela dans le cadre des compétences constitutionnelles de la Confédération et des cantons et selon les moyens disponibles. Il met en valeur la dimension de l'Etat social dans la Confédération suisse.
  - **Fédéralisme:** les art. 42 à 49 cst. rév. reprennent en profondeur et de manière détaillée les rapports entre la Confédération et les cantons, les principes de la répartition des tâches entre la Confédération et les cantons, de même que leur participation commune. On insiste d'ailleurs particulièrement sur leur position de partenaires.
  - **Communes et villes:** l'art. 50 cst. rév. présente les trois niveaux de l'Etat suisse. Il décrit la situation des communes et oblige la Confédération à prendre en considération les villes, les agglomérations urbaines et les régions de montagne dans l'accomplissement de ses tâches.
  - **Existence, statut et territoire des cantons:** l'art. 53 cst. rév. règlemente pour la première fois au niveau constitutionnel les changements concernant l'existence des cantons, les modifications territoriales et les rectifications de frontières cantonales.



- **Politique extérieure:** la nouvelle constitution fixe expressément et dans un sens étendu la compétence générale de la Confédération pour les affaires étrangères et nomme les buts de la politique extérieure de la Confédération (art. 54 cst. rév.). Les droits de participation de l'Assemblée fédérale dans les affaires étrangères sont mentionnés expressément (art. 184, al. 1, cst. rév.).
- **Participation des cantons aux décisions de politique extérieure:** l'art. 55 cst. rév. garantit aux cantons leur participation à la préparation des décisions de politique extérieure lorsque leurs compétences ou leurs intérêts essentiels sont concernés. Les cantons sont informés par la Confédération en temps utile et de manière détaillée. Leurs prises de position revêtent un poids particulier et ils peuvent participer de manière appropriée aux négociations internationales lorsque leurs compétences sont concernées.
- **Travail des jeunes et formation des adultes:** les compétences fédérales sont, dans ce domaine, expressément ancrées à l'art. 67 cst. rév. (cette compétence était rattachée jusqu'alors à la compétence non écrite de la promotion de la culture).
- **Culture:** ce qui était jusqu'alors une compétence non écrite de la Confédération est ancré dans la constitution par le biais de l'art. 69 cst. rév.
- **Langues:** l'art. 70 cst. rév. élève clairement au niveau constitutionnel le droit à la langue et délimite en particulier de manière plus précise les préoccupations qui sont à la base du principe de la territorialité.
- **Economie:** l'ensemble du droit constitutionnel portant sur l'économie est mieux articulé et son contenu en résulte plus clairement. En sus du droit fondamental de la liberté économique (art. 27 cst. rév.), les principes de l'ordre économique (art. 94 cst. rév.) qui reconnaissent clairement le principe de la liberté économique méritent ici d'être mentionnés spécialement. Il est également souligné que la concurrence prend toute son importance dans une économie de marché orientée vers l'économie privée. On clarifie également, à l'art. 98 cst. rév., la compétence fédérale d'édicter des dispositions sur les services financiers.
- **Génie génétique:** l'art. 119 cst. rév. contient expressément l'interdiction du clonage.
- **Droit fiscal:** l'art. 127 cst. rév. donne les principes les plus importants de l'imposition.
- **Compétences de politique sociale:** le concept des trois piliers de l'assurance-vieillesse, survivants et invalidité est maintenu expressément à l'art. 111 cst. rév. L'art. 110 cst. rév. (travail) fixe clairement que le jour de la fête nationale est un jour férié rémunéré.
- **Article sur les partis:** l'art. 137 cst. rév. met en évidence le rôle important des partis dans le processus de formation de l'opinion et de la volonté et reconnaît ainsi leur importance dans la politique étatique.



- **Droit international impératif:** l'art. 139 cst. rév. stipule, en conformité avec la dernière décision de l'Assemblée fédérale en rapport avec l'initiative populaire „pour une politique raisonnable de l'asile“, que le droit international impératif délimite le cadre de la révision de la constitution.
- **Validité partielle d'initiatives populaires:** l'art. 139, al. 3, cst. rév. introduit la déclaration de nullité partielle.
- **Concept de la loi et délégation de la compétence de légiférer:** l'art. 164 cst. rév. introduit la notion de loi matérielle et régit la délégation de la compétence de légiférer.
- **Planification de l'activité de l'Etat:** l'Assemblée fédérale peut, par le biais de l'art. 173, let. g, cst. rév., participer aux planifications importantes et aux autres processus de direction de l'Etat.
- **Actes particuliers de l'Assemblée fédérale:** l'art. 173, let. h, cst. rév. propose une nouveauté: une base constitutionnelle expresse habilitant l'Assemblée fédérale à statuer sur des actes particuliers lorsqu'une loi fédérale le prévoit expressément.

#### 4 Nouveautés matérielles

Le Parlement a décidé quelques nouveautés matérielles. Il s'agit, sans exception, de questions où un large soutien a été apporté. Les points contestés seront, au contraire, réglés dans les modules indépendants de réforme ou lors d'une révision partielle de la constitution.

Sont au nombre des nouveautés matérielles de la nouvelle constitution:

- **Intégration des handicapés:** l'art. 8 cst. rév. donne au législateur le mandat de lutter, par des mesures appropriées, contre les discriminations subies par les handicapés.
- **Modification du territoire des cantons:** l'art. 53, al. 3, cst. rév. prévoit une nouvelle réglementation des modifications du territoire des cantons. A l'accord de la population concernée et des deux cantons s'ajoute l'autorisation donnée par l'Assemblée fédérale. Cette autorisation suffit désormais; un référendum peut cependant être demandé. Un vote obligatoire du peuple et des cantons, comme cela avait été le cas dans l'affaire Vellerat, ne sera plus nécessaire.
- **Approbation des traités des cantons avec les Etats étrangers:** l'art. 56 cst. rév ne prévoit plus pour la Confédération, comme c'est encore le cas aux art. 85, ch. 5, et 102, ch. 7, cst., un devoir général d'approbation. A l'avenir, avant la conclusion du traité, les cantons devront informer le Conseil fédéral. Si le traité porte atteinte au droit ou aux intérêts de la Confédération ou des autres cantons, le Conseil fédéral peut élever une réclamation devant l'Assemblée fédérale (art. 186, al. 3, cst. rév.). Celle-ci décide de l'approbation (art. 172, al. 3, cst. rév.).



- **Statistique:** l'art. 65 cst. rév. contient un droit qui était jusqu'alors non écrit. Il établit en outre pour la Confédération une compétence législative clairement délimitée.
- **Formation professionnelle:** l'art. 63 cst. rév. établit une nouveauté: une large compétence fédérale (qui n'est plus limitée aux professions OFIANT).
- **Art et musique:** la Confédération reçoit par le biais de l'article sur la culture, l'art. 69 cst. rév., une compétence pour la promotion de l'art et de la musique.
- **Diversité linguistique:** l'art. 70 cst. rév. adresse à la Confédération le mandat de soutenir les cantons plurilingues.
- **Téléphériques:** l'art. 87 cst. rév. établit une large compétence de la Confédération en matière de téléphériques.
- **Éligibilité:** l'art. 143 cst. rév. lève l'interdiction des ecclésiastiques à l'élection au Conseil national et au Conseil fédéral.
- **Convocation à une session extraordinaire de l'Assemblée fédérale:** selon l'art. 151 cst. rév., un quart des membres d'un conseil peut demander la convocation à une session extraordinaire. Jusqu'alors, cette compétence n'était réservée qu'au Conseil national (quart des membres) ou à cinq cantons (art. 86, al. 2, cst.), le Conseil des Etats étant lui dépourvu de cette compétence.
- **Vice-présidence des conseils:** en vertu de l'art. 152 cst. rév., chaque conseil élit deux personnes en tant que vice-présidents.
- **Droits des commissions:** les commissions parlementaires peuvent se voir attribuer des compétences décisionnelles mais non législatives (art. 153, al. 3, cst. rév.).
- **Services du Parlement:** l'art. 155 cst. rév. prévoit une nouveauté: les services du Parlement sont subordonnés à l'Assemblée fédérale (avant: Chancellerie fédérale).
- **Nouveau système de formation des actes de l'Assemblée fédérale:** l'art. 163 cst. rév. prévoit un système simplifié pour la formation des actes de l'Assemblée fédérale. L'arrêté fédéral de portée générale disparaît.
- **Haute surveillance du Parlement:** selon l'art. 169, al. 2, cst. rév., on ne peut pas opposer le secret de fonction aux délégations des commissions de contrôle.
- **Évaluation de l'efficacité:** l'Assemblée fédérale, selon l'art. 170 cst. rév., doit veiller à l'évaluation de l'efficacité des mesures prises par la Confédération.
- **Définition plus détaillée des conditions que le Conseil fédéral doit remplir pour édicter des ordonnances fondées directement sur la constitution** dans le domaine de la sécurité extérieure et de la sécurité intérieure (sur le modèle des constitutions cantonales récentes; art. 185, al. 3, cst. rév.).
- **Mise sur pied de troupes pour préserver la sécurité extérieure et la sécurité intérieure:** selon l'art. 185, al. 4, cst. rév., le Conseil fédéral peut lever 4000 mi-



litaires (avant: 2000) pour le service actif sans l'autorisation de l'Assemblée fédérale.

## 5 Passage du rang légal au rang constitutionnel

Divers éléments, dont certains d'importance fondamentale, sont, maintenant, réglés expressément dans la constitution. Les éléments suivants en font partie:

- **Droit à la protection des données** (art. 13 cst. rév.),
- **Construction de logement d'utilité publique par des particuliers** (art. 108 cst. rév.),
- **Causes d'exclusion du droit de vote** (art. 136 cst. rév.),
- **Durée de fonction des juges fédéraux** (art. 145 cst. rév.),
- **Mention expresse des partis politiques comme organismes consultés** (art. 147 cst. rév.),
- **Commissions parlementaires et droit d'obtenir des renseignements, de consulter des documents et de mener des enquêtes** (art. 153 cst. rév.),
- **Groupes** (art. 154 cst. rév.),
- **Appel aux services de l'administration par l'Assemblée fédérale** (art. 155 cst. rév.),
- **Publication des liens entretenus par les parlementaires avec les groupes d'intérêts** (art. 161 cst. rév.),
- **Immunité** (art. 162 cst. rév.),
- **Base constitutionnelle pour les ordonnances de l'Assemblée fédérale** (art. 163 cst. rév.),
- **Base constitutionnelle pour les instruments d'action du Parlement.** Le législateur réglera aussi la question des outils à l'aide desquels l'Assemblée fédérale peut exercer une influence dans les domaines relevant de la compétence du Conseil fédéral (art. 171 cst. rév.).

## 6 Suppression des normes désuètes

L'ancienne constitution contient des normes qui ont aujourd'hui perdu toute importance. Elles ne doivent pas être reprises dans la nouvelle constitution. On compte parmi elles les dispositions suivantes:

- **Interdiction des rapports de sujétion** (art. 4 cst.),



- **Interdiction pour les cantons de maintenir plus de 300 hommes de troupes permanentes** (art. 13, al. 2, cst.),
- **Aide militaire réciproque des cantons** (art. 15 cst.),
- **Devoir des cantons d'accorder libre passage aux troupes** (art. 17 cst.),
- **Agences d'émigration** (art. 34 cst.),
- **Obligation de rembourser les billets et d'assurer la couverture-or des billets émis** (art. 39, al. 6 et 7, cst.),
- **Droit de disposer des lieux de sépulture** (art. 53, al. 2, cst.; le droit à un enterrement décent est considéré comme un élément de la dignité humaine et est, partant, contenu dans l'art. 6 cst. rév.),
- **Finance d'admission** (art. 54 cst.),
- **Droits de retrait** (art. 62 cst.),
- **Libre circulation** (dans le trafic des marchandises; art. 63 cst.),
- **Exécution des transactions ou des sentences arbitrales sur des différends entre cantons** (art. 102, ch. 5, cst.),
- **Assises fédérales** (art. 112 cst.).

En outre, on peut renoncer à maintenir une quantité de dispositions transitoires de la constitution fédérale: les dépenses militaires de même que le dédommagement postal et douanier pour l'année 1875 (art. 1 disp. trans. cst.); entrée en vigueur des dispositions sur l'organisation et la compétence du Tribunal fédéral (art. 3 disp. trans. cst.); l'introduction de la gratuité de l'enseignement public (art. 4 disp. trans. cst.); part des cantons au produit de la taxe d'exemption du service militaire (art. 6 disp. trans. cst.); financement de l'AVS (art. 11, al. 2, phrases 2 et 3, disp. trans. cst.); génération d'entrée du régime de la prévoyance professionnelle obligatoire (art. 11, al. 2, phrase 3, disp. trans. cst.); entrée en vigueur de l'art. 116<sup>bis</sup> cst. concernant le jour de la fête nationale (art. 20, al. 1, disp. trans. cst.).

## 7 Abandon des normes de niveau infraconstitutionnel

L'ancienne constitution règle certains points qui ne sont plus, à notre point de vue, dignes du rang constitutionnel. Dans ces cas, on considère qu'une réglementation dans la loi est suffisante:

- **Interdiction des capitulations militaires** (art. 11 cst.);
- **Interdiction des décorations** (art. 12 cst.): On renonce, pour toutes les autorités citées à l'art. 12 cst., à une disposition de rang constitutionnel;
- **Gratuité et conservation du matériel militaire** (art. 18, al. 3, cst.);
- **Réserves de blé** (art. 23<sup>bis</sup> cst.): la loi suffit pour le détail;



- **Eaux** (art. 24<sup>bis</sup> cst.): la loi suffit pour le détail;
- **Disposition transitoire concernant la protection des marais** (art. 24<sup>sexies</sup> cst.): n'apparaît pas au niveau légal, on peut toutefois y renoncer;
- **Interdiction de l'absinthe** (art. 32<sup>ter</sup> cst.) et autres dispositions secondaires concernant l'alcool (art. 32<sup>bis</sup>, 32<sup>quater</sup> cst.);
- **Assurances sociales** (art. 32<sup>bis</sup>, 34<sup>quater</sup>, 41<sup>ter</sup> cst.): la loi suffit pour le détail;
- **Vignette autoroutière** (art. 36<sup>quinquies</sup> cst.): la loi suffit pour le détail;
- **Chemins et sentiers pédestres** (art. 37<sup>quater</sup> cst.): la loi suffit pour le détail;
- **Politique monétaire** (art. 38 et 39 cst.): la loi suffit pour le détail;
- **Exonération de la Banque Nationale** (art. 39 cst.);
- **Armes et matériel de guerre** (art. 41 cst.): la loi suffit pour le détail;
- **Taxe sur la valeur ajoutée** (art. 41<sup>ter</sup> cst., 8, 8<sup>bis</sup>, 8<sup>ter</sup> disp. trans. cst.): la loi suffit pour le détail;
- **Liberté de conscience et de croyance** (art. 49 et 50 cst.): principe général suffit;
- **Extradition** (art. 67 cst.);
- **Règles d'incompatibilité pour les agents de la Confédération** (art. 77 et 108, al. 2, cst.);
- **Droit de vote du président du Conseil national et du Conseil des Etats** (art. 78, al. 4, et 82, al. 4, cst.);
- **Indemnités des députés des conseils et des membres du Conseil fédéral** (art. 79, 83 et 99 cst.);
- **Clause cantonale pour le président et le vice-président du Conseil des Etats** (art. 82, al. 2 et 3, cst.);
- **Souscription d'emprunts** (art. 85, ch. 10, cst.): adaptation légale;
- **Vacance au Conseil fédéral** (art. 96, al. 3, cst.);
- **Activité accessoire des membres du Conseil fédéral et du Tribunal fédéral** (art. 97 et 108, al. 3, cst.);
- **Quorum du Conseil fédéral** (art. 100 cst.);
- **Appel d'experts par le Conseil fédéral et les départements** (art. 104 cst.);
- **Élection simultanée du chancelier et du Conseil fédéral** (art. 105, al. 2, cst.);
- **Juridiction civile, pénale et administrative** (art. 110, 111, 114 et 114<sup>bis</sup> cst.): la loi suffit pour le détail;
- **Modalités de la procédure de vote pour l'initiative et le contre-projet** (art. 121<sup>bis</sup> cst.);



- **Part des cantons au produit de la taxe d'exemption du service militaire** (art. 6 disp. trans. cst.): part des cantons à partir du 1. 1. 1961: la loi suffit (l'art. 45, al. 1, de la loi sur la taxe d'exemption du service militaire, RS 661, doit être adapté);
- **Génération d'entrée du régime de la prévoyance professionnelle obligatoire** (art. 11, al. 2, phrase 2, disp. trans. cst.).





DIPARTIMENTO FEDERALE DI GIUSTIZIA E POLIZIA

Ufficio federale di giustizia

---

**L'APPORTO**  
**DELLA NUOVA COSTITUZIONE**  
**FEDERALE**

18 dicembre 1998



## Indice

1	IN GENERALE	3
2	RITOCCHI FORMALI	4
3	ADEGUAMENTI ALLA REALTÀ COSTITUZIONALE	5
4	INNOVAZIONI MATERIALI	8
5	PROMOZIONI (DAL RANGO LEGISLATIVO A QUELLO COSTITUZIONALE)	9
6	STRALCIO DI NORME OBSOLETE	10
7	RINUNCIA A NORME IMMERITEVOLI DEL RANGO COSTITUZIONALE	11

### Abbreviazioni:

Cost.            Costituzione federale vigente  
nCost.        Nuova Costituzione federale



## 1 In generale

### - **Il mandato è adempiuto**

Nel 1987, il Parlamento ha dato mandato al Consiglio federale di sottoporli un disegno di nuova Costituzione. Nel 1993, mediante la trasmissione della mozione Josi Meier, il legislativo ha ribadito tale mandato. Nel contempo si è imposto quale obiettivo di licenziare la nuova Costituzione entro la fine del 1998, anno del giubileo. Tale obiettivo è stato raggiunto.

### - **Capacità di rendimento delle autorità**

Parlamento, Governo e amministrazione hanno dimostrato di essere in condizione di far fronte, in tempi ristretti, a un progetto di grandi dimensioni, impegnativo dal profilo politico e oneroso dal profilo giuridico. Hanno in tal modo messo alla prova la capacità di rendimento e di consenso del sistema politico. La riforma della Costituzione è invero oggetto di discussione sin dalla metà degli anni Sessanta, ma i lavori concernenti il disegno attuale sono stati ripresi con grande impegno, sulla base di un nuovo progetto, soltanto dopo il no allo SEE.

### - **Una Costituzione comprensibile e completa**

La nuova Costituzione federale restituisce il diritto costituzionale vigente in termini comprensibili. Essa è completa e articolata in modo chiaro. Il diritto costituzionale non scritto e le disposizioni di legge degne della Costituzione sono ora inserite nel testo costituzionale. D'altro canto, non è mantenuta tutta una serie di disposizioni superate o immeritevoli del rango costituzionale. Il nuovo testo costituzionale esprime in tal modo l'odierno vissuto costituzionale.

### - **Le caratteristiche essenziali della Confederazione sono sottolineate**

Democrazia diretta, federalismo, protezione dei diritti fondamentali, Stato di diritto e socialità fanno parte delle caratteristiche distintive della Svizzera odierna. Tali caratteristiche sono reperibili soltanto in parte nella Costituzione vigente. La nuova Costituzione federale li sottolinea ed esprime un'idea contemporanea di Stato. Essa è quindi anche occasione di dibattito sui valori fondamentali della Svizzera.

### - **Avallo di sviluppi di diritto costituzionale**

A partire dal 1874, anno dell'ultima revisione totale, il testo della Costituzione è stato adeguato a nuovi sviluppi circa 140 volte. In parti essenziali, il diritto costituzionale è tuttavia completato e perfezionato anche dalla giurisprudenza del Tribunale federale, dalla prassi delle altre autorità federali e dal diritto internazionale. La nuova Costituzione federale tiene conto di tale evoluzione ulteriore.



### - **Innovazioni materiali**

La nuova Costituzione federale non si limita tuttavia unicamente a riprodurre il diritto vigente. Essa contiene anche varie innovazioni materiali, capaci di raccogliere ampio consenso politico in Parlamento. La nuova Carta fondamentale apre la porta a numerosi progressi puntuali che altrimenti non avrebbero potuto essere raggiunti affatto o non così celermente.

### - **Premessa a ulteriori riforme**

Secondo Consiglio federale e Parlamento, l'adeguamento del testo della Costituzione alla realtà costituzionale costituisce soprattutto un'importante premessa a ulteriori riforme materiali, necessarie in particolare in ambito istituzionale. Vari pacchetti di riforma (riforma della giustizia, riforma dei diritti popolari, riforma della direzione dello Stato e riforma della perequazione finanziaria), sui quali popolo e Cantoni si pronunceranno singolarmente, sono in fase di preparazione e potranno essere integrati agevolmente nella nuova Costituzione, la quale sarà in tal modo pronta per le sfide del futuro.

## 2 **Ritocchi formali**

- **Lingua:** la nuova Costituzione fa uso di formulazioni corrispondenti all'uso attuale, evitando, nella misura del possibile, vocaboli specialistici o stranieri e servendosi di un linguaggio unitario. Mediante l'utilizzo di espressioni sessualmente neutre o la menzione sia del genere maschile sia di quello femminile, si assicura la parità dei sessi dal profilo linguistico (in modo sistematico nella versione tedesca, in ampia misura nelle versioni francese e italiana).
- **Sistematica:** la nuova Costituzione è strutturata in modo chiaro, articolata in modo semplice e antepone un titolo a ciascun articolo. I singoli articoli sono in molti casi più brevi e presentano inoltre una struttura lineare.
- **Completezza:** la nuova Costituzione restituisce il diritto costituzionale vigente nel modo il più possibile completo. La dignità costituzionale di talune norme costituisce, in ultima analisi, una questione di valutazione politica. Consiglio federale e Parlamento hanno perciò operato promozioni al rango costituzionale (ad es. protezione dei dati, cfr. pto. 5) e degradazioni (ad es. il divieto dell'assenzio, cfr. pto. 7). Benché contenga anche diritto costituzionale non scritto, il nuovo testo costituzionale è più breve del precedente.
- **Densità:** la nuova Costituzione disciplina il diritto costituzionale con una densità normativa unitaria. Per quanto possibile, gli articoli costituzionali adottati di recente da popolo e Cantoni non sono stati modificati.



### 3 Adeguamenti alla realtà costituzionale

Il diritto costituzionale svizzero vigente non figura unicamente nel testo della Costituzione; esso si è evoluto in parte anche mediante la giurisprudenza del Tribunale federale, la prassi delle autorità e il diritto internazionale fatto proprio dalla Svizzera. La nuova Costituzione prende atto di tale evoluzione, colmando le lacune nel testo e chiarendo questioni ancora aperte.

L'elenco che segue contiene elementi importanti cui è riconosciuto rango costituzionale, ma che non figurano nella Costituzione vigente:

- **Generazioni future:** nel preambolo è affermata la responsabilità del popolo e dei Cantoni svizzeri verso le generazioni future.
- **Responsabilità di fronte al creato:** il preambolo sottolinea anche, a complemento dell'invocazione divina, la responsabilità del popolo e dei Cantoni svizzeri di fronte al creato.
- **Sviluppo sostenibile:** nel preambolo e agli articoli 2 e 73 nCost. lo sviluppo sostenibile è fissato quale obiettivo; in altre disposizioni (politica estera, pianificazione del territorio, acque, energia, agricoltura, gestione finanziaria) è quantomeno menzionato.
- **Promovimento delle pari opportunità:** l'articolo sullo scopo sottolinea che Confederazione e Cantoni debbono provvedere ad assicurare quanto possibile pari opportunità ai cittadini.
- **Principi dell'attività dello Stato:** l'articolo 5 nCost. sancisce in particolare il principio di legalità, il principio della proporzionalità, l'esigenza dell'interesse pubblico e il principio della buona fede.
- **Rispetto del diritto internazionale:** l'articolo 5 capoverso 4 nCost. impone a Confederazione e Cantoni il rispetto del diritto internazionale.
- **Responsabilità individuale e sociale:** l'articolo 6 nCost. esprime i concetti fondamentali di sussidiarietà e solidarietà. Esso ha per oggetto il rapporto tra individuo, Società e Stato, sottolineando che il cittadino non ha soltanto diritti, ma anche doveri.
- **Diritti fondamentali:** in un elenco circostanziato dei diritti fondamentali figurano ora nel testo della Costituzione anche numerosi diritti e valori fondamentali sino ad ora non scritti, ma riconosciuti dalla giurisprudenza del Tribunale federale e dal diritto internazionale:
  - protezione della dignità umana (art. 7 nCost.),
  - divieto della discriminazione, con un elenco di frequenti elementi discriminanti (art. 8 nCost.),
  - protezione dall'arbitrio e tutela della buona fede (art. 9 nCost.),
  - diritto alla vita e alla libertà personale (art. 10 nCost.),
  - protezione dei fanciulli e degli adolescenti (art. 11 nCost.),
  - diritto all'aiuto in situazioni di bisogno (art. 12 nCost.),
  - protezione della sfera privata (art. 13 nCost.),



- libertà d'opinione e d'informazione (art. 16 nCost.),
  - libertà dei media (art. 17 nCost.),
  - libertà di lingua (art. 18 nCost.),
  - libertà della scienza (art. 20 nCost.),
  - libertà artistica (art. 21 nCost.),
  - libertà di riunione (art. 22 nCost.),
  - protezione dall'estradizione e dal rinvio forzato (art. 25 nCost.),
  - libertà sindacale (art. 28 nCost.); essa include anche lo sciopero e la serrata, ammessi quale ultima ratio al fine di ristabilire la pace del lavoro,
  - garanzie procedurali generali (art. 29 nCost.),
  - garanzie nell'ambito di procedure giudiziarie (art. 30 nCost.),
  - garanzie in caso di privazione della libertà (art. 31 nCost.)
  - garanzie nell'ambito di procedure penali (art. 32 nCost.),
  - diritti politici (art. 34 nCost.).
- **Obiettivi sociali:** per la prima volta sono riunite in un'unica disposizione (art. 41 nCost.) gli obiettivi di natura sociale, sinora sparsi in varie disposizioni concernenti le competenze e in trattati internazionali. L'articolo afferma inoltre che gli obiettivi sociali vanno realizzati a complemento della responsabilità e dell'iniziativa private, nell'ambito delle competenze costituzionali e dei mezzi disponibili di Confederazione e Cantoni. Esso evidenzia la dimensione sociale della Confederazione elvetica.
  - **Federalismo:** agli articoli 42-49 nCost. sono definiti, quanto al principio e in modo circostanziato, le relazioni, i principi di ripartizione dei compiti e la collaborazione tra Confederazione e Cantoni. È in particolare posto l'accento sul partenariato tra Confederazione e Cantoni.
  - **Comuni e città:** l'articolo 50 nCost. esplicita l'assetto tripartito dello Stato svizzero. Esso definisce lo statuto dei Comuni e impone alla Confederazione di prendere in considerazione, nell'adempiere i suoi compiti, le città, gli agglomerati e le regioni di montagna.
  - **Esistenza e territorio dei Cantoni:** l'articolo 53 nCost. disciplina per la prima volta a livello costituzionale le modifiche del numero dei Cantoni nonché le modifiche territoriali e le rettifiche di confine tra i Cantoni.
  - **Politica estera:** la nuova Costituzione sancisce espressamente e in senso esteso la competenza generale della Confederazione in materia di affari esteri ed enumera gli obiettivi di politica estera (art. 54 nCost.). I diritti di partecipazione dell'Assemblea federale in materia di affari esteri sono espressamente menzionati (art. 184 cpv. 1 nCost.).
  - **Collaborazione dei Cantoni alle decisioni di politica estera:** l'articolo 55 nCost. garantisce ai Cantoni la facoltà di collaborare alla preparazione di decisioni di politica estera, qualora tocchino le loro competenze o loro interessi essenziali. Esso garantisce inoltre che i Cantoni siano informati tempestivamente e compiutamente da parte della Confederazione e che, nei settori che toccano



loro competenze, ai loro pareri sia dato particolare rilievo e possano collaborare in modo appropriato ai negoziati internazionali.

- **Lavoro giovanile e formazione degli adulti:** la competenza federale in tali settori è sancita espressamente all'articolo 67 nCost. (faceva sinora parte della competenza non scritta in materia di promovimento culturale).
- **Cultura:** mediante l'articolo 69 nCost., è inserita nella Costituzione la competenza federale sinora non scritta.
- **Lingua:** l'articolo 70 nCost. esplicita a livello costituzionale, in modo più chiaro, il diritto in materia di lingua e contiene in particolare una definizione più precisa delle esigenze alla base del principio della territorialità.
- **Economia:** l'intero diritto costituzionale in materia di economia è meglio strutturato e reso più chiaro dal profilo dei contenuti. Sono degni di menzione particolare, oltre al diritto fondamentale della libertà economica (art. 27 nCost.), i principi dell'ordinamento economico (art. 94 nCost.), i quali comprendono il chiaro riconoscimento del principio della libertà economica. Si sottolinea che, nell'ambito di un'economia di mercato incentrata sull'economia privata, la concorrenza riveste importanza capitale. All'articolo 98 nCost. si precisa inoltre la competenza federale quanto all'emanazione di prescrizioni sui servizi finanziari.
- **Ingegneria genetica:** l'articolo 119 nCost. prevede il divieto esplicito della clonazione.
- **Diritto fiscale:** l'articolo 127 nCost. enuncia i principi essenziali dell'imposizione fiscale.
- **Competenze in materia di politica sociale:** all'articolo 111 nCost. è espressamente affermato il sistema dei tre pilastri della previdenza in materia di vecchiaia, superstiti e invalidità. L'articolo 110 nCost. (Lavoro) specifica che la festa nazionale è giorno festivo ed è remunerato.
- **Articolo sui partiti:** l'articolo 137 nCost. esplicita l'importante ruolo svolto dai partiti nella formazione dell'opinione e della volontà popolari, riconoscendone la rilevanza politica.
- **Diritto internazionale cogente:** l'articolo 139 nCost. sottolinea – in sintonia con la decisione più recente dell'Assemblea federale riguardo all'iniziativa popolare "per una politica d'asilo razionale" – che il diritto internazionale cogente è considerato un limite della revisione costituzionale.
- **Nullità parziale di iniziative popolari:** l'articolo 139 capoverso 3 nCost. sancisce espressamente la possibilità di dichiarare parzialmente nulla un'iniziativa popolare.
- **Nozione di legge e delega di competenze normative:** l'articolo 164 nCost. introduce una nozione materiale di legge e disciplina la delega di competenze normative.
- **Pianificazione dell'attività dello Stato:** in virtù dell'articolo 173 lettera g nCost., l'Assemblea federale coopera alle pianificazioni importanti e ad altre procedure inerenti alla direzione dello Stato.



- **Singoli atti dell'Assemblea federale:** l'articolo 173 lettera h nCost. istituisce una base costituzionale esplicita, ai sensi della quale l'Assemblea federale decide su singoli atti per quanto una legge federale lo preveda espressamente.

#### 4 Innovazioni materiali

Il Parlamento ha disposto alcune innovazioni materiali. Si tratta unicamente di questioni che hanno incontrato ampio consenso. Le questioni controverse dovranno per contro essere affrontate nell'ambito di pacchetti di riforma indipendenti o di una revisione parziale della Costituzione.

Fanno parte delle innovazioni materiali della nuova Costituzione:

- **Integrazione di disabili:** l'articolo 8 nCost. dà mandato al legislatore di lottare, mediante provvedimenti appropriati, contro gli svantaggi esistenti nei confronti dei disabili.
- **Modifiche territoriali tra Cantoni:** L'articolo 53 capoverso 3 nCost. regola ora le modifiche territoriali tra Cantoni: se il popolo e i due Cantoni interessati accettano tale modifica, è in seguito sufficiente l'approvazione da parte dell'Assemblea federale, contro la quale può essere indetto il referendum facoltativo. Una votazione obbligatoria di popolo e Cantoni, come nel caso di Vellerat, non sarebbe pertanto più necessaria.
- **Approvazione di trattati dei Cantoni con l'estero:** l'articolo 56 nCost. non prevede più, contrariamente agli articoli 85 n. 5 e 102 n. 7 Cost., alcun obbligo generale di approvazione da parte della Confederazione. In futuro, i Cantoni dovranno informare il Consiglio federale della conclusione di trattati. Qualora un trattato sia in contrasto con il diritto o gli interessi della Confederazione oppure con i diritti di altri Cantoni, il Consiglio federale può elevare reclamo dinanzi all'Assemblea federale (art. 186 cpv. 3 nCost.). Quest'ultima decide in merito all'approvazione (art. 172 cpv. 3 nCost.).
- **Statistica:** l'articolo 65 nCost. prevede un diritto sinora non scritto, istituendo inoltre, a favore della Confederazione, una competenza legislativa chiaramente delimitata.
- **Formazione professionale:** l'articolo 63 nCost. istituisce una competenza federale esauriente (non più ristretta alle cosiddette professioni UFIAML).
- **Arte e musica:** L'articolo 69 nCost., concernente la cultura, attribuisce alla Confederazione la competenza di promuovere l'espressione artistica e musicale.
- **Plurilinguismo:** l'articolo 70 nCost. prevede, a carico della Confederazione, un mandato di sostegno ai Cantoni plurilingui.
- **Filovie:** l'articolo 87 nCost. istituisce una competenza federale esauriente in materia di filovie.



- **Eleggibilità:** l'articolo 143 nCost. abroga l'ineleggibilità di ecclesiastici in Consiglio nazionale e in Consiglio federale.
- **Convocazione di una sessione straordinaria dell'Assemblea federale:** ai sensi dell'articolo 151 nCost., un quarto dei membri di una Camera può convocare una sessione straordinaria. Sinora tale diritto poteva essere esercitato soltanto da un quarto dei membri del Consiglio nazionale o da cinque Cantoni (art. 86 cpv. 2 Cost.); il Consiglio degli Stati non aveva alcun potere di convocazione.
- **Vicepresidenza delle Camere:** secondo l'articolo 152 nCost., ciascuna Camera elegge al suo interno un primo e un secondo vicepresidente.
- **Diritti delle commissioni:** alle commissioni parlamentari possono essere attribuite competenze decisionali che non comportino l'emanazione di norme di diritto (art. 153 cpv. 3 nCost.).
- **Servizi del Parlamento:** l'articolo 155 nCost. subordina ora i servizi del Parlamento all'Assemblea federale (attualmente dipendono dalla Cancelleria federale).
- **Nuovo sistema quanto alla forma degli atti:** l'articolo 163 nCost. prevede un sistema semplificato per le forme degli atti dell'Assemblea federale. Scompare il decreto federale di obbligatorietà generale.
- **Alta vigilanza del Parlamento:** ai sensi dell'articolo 169 capoverso 2 nCost., l'obbligo di mantenere il segreto non è opponibile alle delegazioni speciali di commissioni di vigilanza.
- **Verifica dell'efficacia:** ai sensi dell'articolo 170 nCost., l'Assemblea federale deve provvedere a valutare l'efficacia dei provvedimenti della Confederazione.
- Definizione più circostanziata delle condizioni poste all'emanazione da parte del Consiglio federale, a tutela della sicurezza esterna e interna, di **ordinanze fondate direttamente sul diritto costituzionale** (sul modello delle più recenti costituzioni cantonali; art. 185 cpv. 3 nCost.)
- **Mobilitazione di truppe a tutela della sicurezza esterna e interna:** secondo l'articolo 185 capoverso 4 nCost., il Consiglio federale può ora mobilitare in servizio attivo fino a 4'000 militari (in precedenza 2'000) senza l'approvazione dell'Assemblea federale.

## 5 Promozioni (dal rango legislativo a quello costituzionale)

Taluni argomenti, tra cui anche alcuni di fondamentale importanza, sono ora disciplinati esplicitamente nella Costituzione. Tra i detti argomenti figurano:



- **Diritto alla protezione dei dati** (art. 13 nCost.)
- **Enti dediti alla costruzione d'abitazioni a scopi di pubblica utilità** (art. 108 nCost.)
- **Motivi d'esclusione del diritto di voto** (art. 136 nCost.)
- **Durata del mandato dei giudici federali** (art. 145 nCost.)
- **Menzione esplicita dei partiti quali partecipanti alla consultazione** (art. 147 nCost.)
- **Commissioni parlamentari e loro diritti d'informazione, consultazione e inchiesta** (art. 153 nCost.)
- **Gruppi parlamentari** (art. 154 nCost.)
- **Ricorso a servizi dell'Amministrazione federale da parte dell'Assemblea federale** (art. 155 nCost.)
- **Pubblicità dei legami di membri del Parlamento con gruppi d'interesse** (art. 161 nCost.)
- **Immunità** (art. 162 nCost.)
- **Base costituzionale per ordinanze dell'Assemblea federale** (art. 163 nCost.)
- **Base costituzionale per gli strumenti d'intervento parlamentare.** Il legislatore disciplinerà parimenti gli strumenti con i quali l'Assemblea federale potrà intervenire nella sfera di competenze del Consiglio federale (art. 171 nCost.).

## 6 Stralcio di norme obsolete

La vecchia Costituzione contiene norme che oggi hanno perso qualsiasi significato. Esse non vanno mantenute nella nuova Costituzione. Tra queste figurano ad esempio:

- **Divieto di rapporti di sudditanza** (art. 4 Cost.)
- **Divieto per i Cantoni di avere più di 300 uomini di truppa permanente** (art. 13 cpv. 2 Cost.)
- **Aiuto militare reciproco dei Cantoni** (art. 15 Cost.)
- **Obbligo dei Cantoni di lasciare libero passaggio alle truppe** (art. 17 Cost.)
- **Agenzie di emigrazione** (art. 34 Cost.)
- **Obbligo di rimborsare i biglietti di banca e di coprire con oro i biglietti di banca emessi** (art. 39 cpv. 6 e 7 Cost.)
- **Diritto di disporre dei luoghi di sepoltura** (art. 53 cpv. 2; il diritto a una degna sepoltura è considerato parte integrante della protezione della dignità umana ed è quindi incluso nell'articolo 7 nCost.)



- **Tasse d'ammissione al matrimonio** (art. 54 Cost.)
- **Diritti di detrazione e di prelazione** (art. 62 Cost.)
- **Libertà di trasporto** (nel traffico di merci; art. 63 Cost.)
- **Esecuzione delle transazioni e dei giudizi arbitrari in controversie tra Cantoni** (art. 102 n. 5 Cost.)
- **Assise federali** (art. 112 Cost.)

Si può inoltre rinunciare a mantenere numerosi articoli delle disposizioni transitorie della Costituzione: spese militari e ripartizione del prodotto dei dazi e delle poste per il 1875 (art. 1 Disp. trans. Cost.); entrata in vigore delle disposizioni sull'organizzazione e le attribuzioni del Tribunale federale (art. 3 Disp. trans. Cost.); introduzione della scuola pubblica gratuita (art. 4 Disp. trans. Cost.); quota cantonale della tassa d'esenzione dal servizio militare (art. 6 Disp. trans. Cost.); Finanziamento dell'AVS (art. 11 cpv. 1 periodi 2 e 3 Disp. trans. Cost.); prima generazione del sistema di previdenza professionale obbligatoria (art. 11 cpv. 2 periodo 3 Disp. trans. Cost.); messa in vigore dell'articolo 116<sup>bis</sup> Cost. concernente la Festa nazionale (art. 20 cpv. 1 Disp. trans. Cost.).

## 7 Rinuncia a norme immeritevoli del rango costituzionale

In alcune parti, la vecchia Costituzione disciplina questioni che, dall'odierno punto di vista, non sono più meritevoli di figurare nella Costituzione. In tali casi, è ritenuta sufficiente una regolamentazione a livello legislativo:

- **Divieto di concludere capitolazioni militari** (art. 11 Cost.)
- **Divieto di accettare ordini cavallereschi** (art. 12 Cost.): si rinuncia a una disposizione costituzionale per tutte le autorità menzionate all'articolo 12.
- **Gratuità e custodia dell'equipaggiamento** (art. 18 cpv. 3 Cost.)
- **Grano** (art. 23<sup>bis</sup> Cost.): per taluni dettagli è sufficiente la legge.
- **Diritto in materia di forze idriche** (art. 24<sup>bis</sup> Cost.): per taluni dettagli è sufficiente la legge.
- **Disposizione transitoria concernente le zone palustri** (art. 24<sup>sexies</sup> Disp. trans. Cost.): benché tale disposizione non abbia trovato posto nella legislazione, è possibile rinunciarvi.
- **Divieto dell'assenzio** (art. 32<sup>ter</sup> Cost.) e altre disposizioni di dettaglio concernenti l'alcol (art. 32<sup>bis</sup>, 32<sup>quater</sup> Cost.)
- **Assicurazioni sociali** (art. 32<sup>bis</sup>, 34<sup>quater</sup>, 41<sup>ter</sup> Cost.): per taluni dettagli è sufficiente la legge.



- **Contrassegno autostradale** (art. 36<sup>quinquies</sup> Cost.): per i dettagli è sufficiente la legge.
- **Sentieri e percorsi pedonali** (art. 37quater Cost.): per i dettagli è sufficiente la legge.
- **Politica monetaria** (art. 38 e 39 Cost.): per taluni dettagli è sufficiente la legge.
- **Esenzione fiscale della Banca nazionale** (art. 39 Cost.)
- **Armi e materiale bellico** (art. 41 Cost.) : per taluni dettagli è sufficiente la legge.
- **Imposta sul valore aggiunto** (art. 41<sup>ter</sup> Cost., 8, 8<sup>bis</sup>, 8<sup>ter</sup> Disp. trans. Cost.): per i dettagli è sufficiente la legge.
- **Libertà di credenza e di coscienza** (art. 49 e 50 Cost.): il principio generale è sufficiente.
- **Estradizione** (art. 67 Cost.)
- **Incompatibilità concernenti agenti della Confederazione** (art. 77 e 108 cpv. 2 Cost.)
- **Diritto di voto del presidente del Consiglio nazionale e del Consiglio degli Stati** (art. 78 cpv. 3 e 82 cpv. 4 Cost.)
- **Indennità a favore dei membri delle Camere e dei consiglieri federali** (art. 79, 83 e 99 Cost.)
- **Clausola cantonale relativa al presidente e al vicepresidente del Consiglio degli Stati** (art. 82 cpv. 2 e 3 Cost.)
- **Emissione di prestiti** (art. 85 n. 10 Cost.): adeguamento legislativo.
- **Posti vacanti nel Consiglio federale** (art. 96 cpv. 3 Cost.)
- **Attività accessorie di consiglieri federali e di membri del Tribunale federale** (art. 97 e 108 cpv. 3 Cost.)
- **Quorum relativo alla trattazione da parte del Consiglio federale** (art. 100 Cost.)
- **Ricorso a esperti da parte di Consiglio federale e dipartimenti** (art. 104 Cost.)
- **Nomina del cancelliere della Confederazione contemporaneamente al Consiglio federale** (art. 105 cpv. 2 Cost.)
- **Giurisdizione civile, penale e amministrativa** (art. 110, 111, 114 e 114<sup>bis</sup> Cost.): per taluni dettagli è sufficiente la legge.
- **Modalità della procedura di voto in caso di iniziativa con controprogetto** (art. 121<sup>bis</sup> Cost.)
- **Quota cantonale della tassa d'esenzione dal servizio militare** (art. 6 Disp. trans. Cost.): quota cantonale a partire dal 1.1.1961: è sufficiente la legge (art. 45 cpv. 1 della LF sulla tassa d'esenzione dall'obbligo militare, RS 661, va adeguato);



- **Prima generazione del sistema di previdenza professionale obbligatoria (art. 11 cpv. 2 periodo 2 Disp. trans. Cost.)**